

Statement

Elke Hannack

Stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Jahrespressekonferenz

Berlin, 9. Februar 2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die neue Bundesregierung hat sich das Ziel gesteckt, dieses Jahrzehnt zum Jahrzehnt der Gleichstellung von Frauen und Männern zu machen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Für uns steht dabei im Vordergrund, dass wir eine bessere Verteilung der Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern hinbekommen. Die Pandemie hat hier leider zu einem Rollback geführt. Vor allem Frauen haben Homeschooling, und Kinderbetreuung übernommen. Um gegenzusteuern hat die Ampel bereits angekündigt, dass sie u. a. die Haushaltsnahen Dienstleistungen fördern will. Wir werden uns genau anschauen, wie die Regierung ihr Modell ausgestalten wird.

Der DGB hat dazu einen Vorschlag vorgelegt: Wir wollen Familien und Alleinerziehende unterstützen. Mittels Gutscheinen für Alltagshilfen sollen sie mindestens die Hälfte der anfallenden Kosten für diese Dienstleistungen erstattet bekommen. Dies würde nicht nur Familien entlasten, sondern auch zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen führen - und zwar in Wirtschaft und Privathaushalten.

Allerdings gibt es auch Vorhaben der Ampel, die dem Ziel der Gleichstellung entgegenstehen. Die Minijob-Grenzen auszuweiten, wird die Position der Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht verbessern. Anja Piel wird darauf gleich ausführlicher eingehen.

Und einen weiteren Punkt möchte ich noch erwähnen: Angesichts der sozialökologischen Transformation gewinnt das Thema Weiterbildung an Bedeutung. Gerade für Frauen ist das ein wichtiges Thema. Der Koalitionsvertrag enthält hier gute Ansätze, wie die Weiterbildungs(teil)zeit. Entscheidend wird dabei sein, dass alle Beschäftigte einen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildungsmaßnahmen bekommen.

Auf dem Ausbildungsmarkt sind wir leider immer noch nicht über den Berg. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in 2021 leicht gestiegen (+1,2%). Aber damit ist der historische Einbruch aus dem Corona-Jahr 2020 längst nicht kompensiert. Daher sollte die Bundesregierung ihr Programm „Ausbildungsplätze sichern“ unbedingt fortführen und solange die Pandemie anhält Unternehmen unterstützen, die Ausbildungsplätze sichern, bzw. schaffen. Der DGB hat diese Forderung gemeinsam mit den Sozialpartnern – mit BDA, DIHK und ZDH – an die Bundesregierung übermittelt. Wir brauchen den „Schutzschirm für Ausbildung“ weiterhin.

Damit ist es aber nicht getan – zur weiteren Stabilisierung und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind auch strukturelle Änderungen wichtig. Immer noch schaffen Jahr für Jahr viele junge Menschen nicht den Sprung in die Ausbildung, sondern landen in Übergangsmaßnahmen. Wir brauchen endlich die Ausbildungsgarantie – damit jede und jeder Jugendliche ein Angebot erhält.

Beim Thema Öffentlicher Dienst bekleckert sich die Ampel-Koalition leider nicht mit Ruhm. Zwar wird die Digitalisierung der Verwaltung als zentrale Aufgabe im Koalitionsvertrag genannt. Was die Ampel konkret vorhat, bleibt aber nebulös. Dabei ist der Handlungsdruck groß.

Zwar gab es in der Pandemiezeit einen Digitalisierungsschub im öffentlichen Dienst. Aber der beruht zu einem wesentlichen Teil auf privaten Ressourcen der Beschäftigten. Knapp 60 Prozent nutzen hier gezwungenermaßen auch private Geräte für die Arbeit. Das kann nicht die Lösung sein. Alarmierend ist auch, dass die vielerorts schlechte Personalausstattung und die unattraktiven Arbeitsbedingungen nicht als Problem gesehen werden. Doch wer soll die Aufgaben des Staates erledigen, wenn nicht seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

Die öffentlichen Arbeitgeber müssen auf allen Ebenen mehr ausbilden und mehr einstellen. Mehr Investitionen sind auch deswegen nötig, weil ein Schrumpfstaat letztlich zu einem weiteren Verlust an Vertrauen und Respekt bei vielen Bürger*innen führt. Auf diesen Zusammenhang weisen wir seit Jahren hin. Die Übergriffe auf Rettungskräfte, Busfahrer*innen, Polizist*innen oder sogar auf Müllwerker sind heute alltäglich. Wir setzen daher unsere 2020 gestartete Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ fort. Die Kolleg*innen im Dienst der Gesellschaft dürfen nicht mehr Blitzableiter verfehlter Finanz- und Personalpolitik sein. Der öffentliche Dienst muss endlich so ausgestattet sein, dass er seine Aufgaben im Sinne aller wahrnehmen kann.